

AfD Heidelberg
Brückenstr.20, 69120 Heidelberg, 06221 484544
matthias.niebel@afd-bw.de

8.3.2018

Sachantrag zum Thema: **Berichterstattung zur Fallzahlentwicklung und Integration von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Heidelberg.**

In den letzten Wochen haben insbesondere zwei Mordfälle die Diskussion über eine verbindliche medizinische Altersfeststellung bei vorgeblich minderjährigen Flüchtlingen neu entfacht: In Freiburg steht Hussein K. vor Gericht, der eine Studentin ermordet hatte und bei seiner Einreise vor zwei Jahren angab, 17 Jahre alt gewesen zu sein. Ein entsprechendes medizinisches Gutachten hat jedoch ergeben, dass er mindestens 23 Jahre alt sein muss. Nach Auskunft seines Vaters ist er bereits 1984 geboren und wäre damit bei der Einreise bereits 31 Jahre alt gewesen. Kurz nach Weihnachten hatte in Kandel ein nach offiziellen Angaben 15-jähriger Flüchtling aus Afghanistan ein 15-jähriges Mädchen getötet. Inzwischen veröffentlichte Bilder des Täters lassen an dieser offiziellen Altersangabe zweifeln. Ein medizinischer Alterstest war bei beiden Tätern nicht durchgeführt worden. Für die Inobhutnahme durch das Jugendamt reicht zunächst die bloße Behauptung, minderjährig zu sein und keine Papiere zu besitzen. Hier verpflichtet einzig und allein die Behauptung der Minderjährigkeit das Jugendamt zur Inobhutnahme. Eine solche „Inobhutnahme“ führt dazu, dass die angeblich Minderjährigen aus dem üblichen Asylverfahren herausgenommen und stattdessen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht betreut werden. Asyllobby und karitative und christliche Vereinigungen werden offenbar vom Jugendamt mit den UMAs versorgt. Insbesondere angesichts der enormen Kosten, die den Städten und Gemeinden durch die Unterbringung der unbegleiteten Minderjährigen entstehen, und der Tatsache, dass hier schlicht ein massenhafter Betrug durch die Migranten verübt wird, ist die Anwendung medizinischer Verfahren zur Altersbestimmung legitim und notwendig, wenn die entsprechenden Ausländer ihr Alter nicht durch gültige Dokumente belegen können und Zweifel an ihren Angaben bestehen. Zu den anwendbaren medizinischen Verfahren gehört auch die Handwurzeluntersuchung im Wege der Röntgenaufnahme. Laut Bundesfamilienministerium ist die Hälfte der als UMA geführten Personen volljährig. **Im Interesse der Stadt Heidelberg und die anfallenden Kosten in Millionen Höhe fordere ich die Überprüfung ab 2013 der hier lebenden unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA).**

Mit freundlichen Grüßen, Matthias Niebel, Stadtrat Alternative für Deutschland

